



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



PUBLIC MANAGEMENT

Dienstleistungszentrum für
Lehre, Forschung und Praxis

Haushaltssteuerung unter dem Aspekt von Transparenz und Nachhaltigkeit

Ist-Situation und notwendiges Handlungsprogramm

Dietrich Budäus

7. Juni 2011

HAMBURG

- ➔ **Tendenzen zur Neuorientierung im öffentlichen Raum ?**
- ➔ **Zum Verständnis nachhaltiger öfftl. Ressourcenverwendung**
- ➔ **Systemrelevante Pathologien als Problem v. Nachhaltigkeit**
- ➔ **Handlungsprogramm**

Tendenzen zur Neuorientierung im öffentlichen Raum?

Klassische Situation

Dauerhafte Existenzsicherung von Gebietskörperschaften (Insolvenz v. Gebietskörpersch. ausgeschlossen)

Gestaltungshoheit von Politik (Politik gestaltet Rahmenbedg. d. Märkte)

Ökonomische Knappheit gehandhabt durch **Verschuldung** u. Einnahmesteigerung (Steuern)

Wachstum als Lösung (BIP = Wohlstandsindikator)

Geringe Transparenz im Umgang mit öffentlichen Ressourcen
- Aufsicht und Kontrolle
- Haushalts- u. Rechnungswesen

Inflation als „Notlösung“ f. Verschuldung/Enteignung d. Bürger v. G` verm.

Aktuelle Tendenzen

Dauerhafte Existenz v. Gebietskörperschaften in Frage gestellt (Eurokrise – Existenzkrise von Staaten)

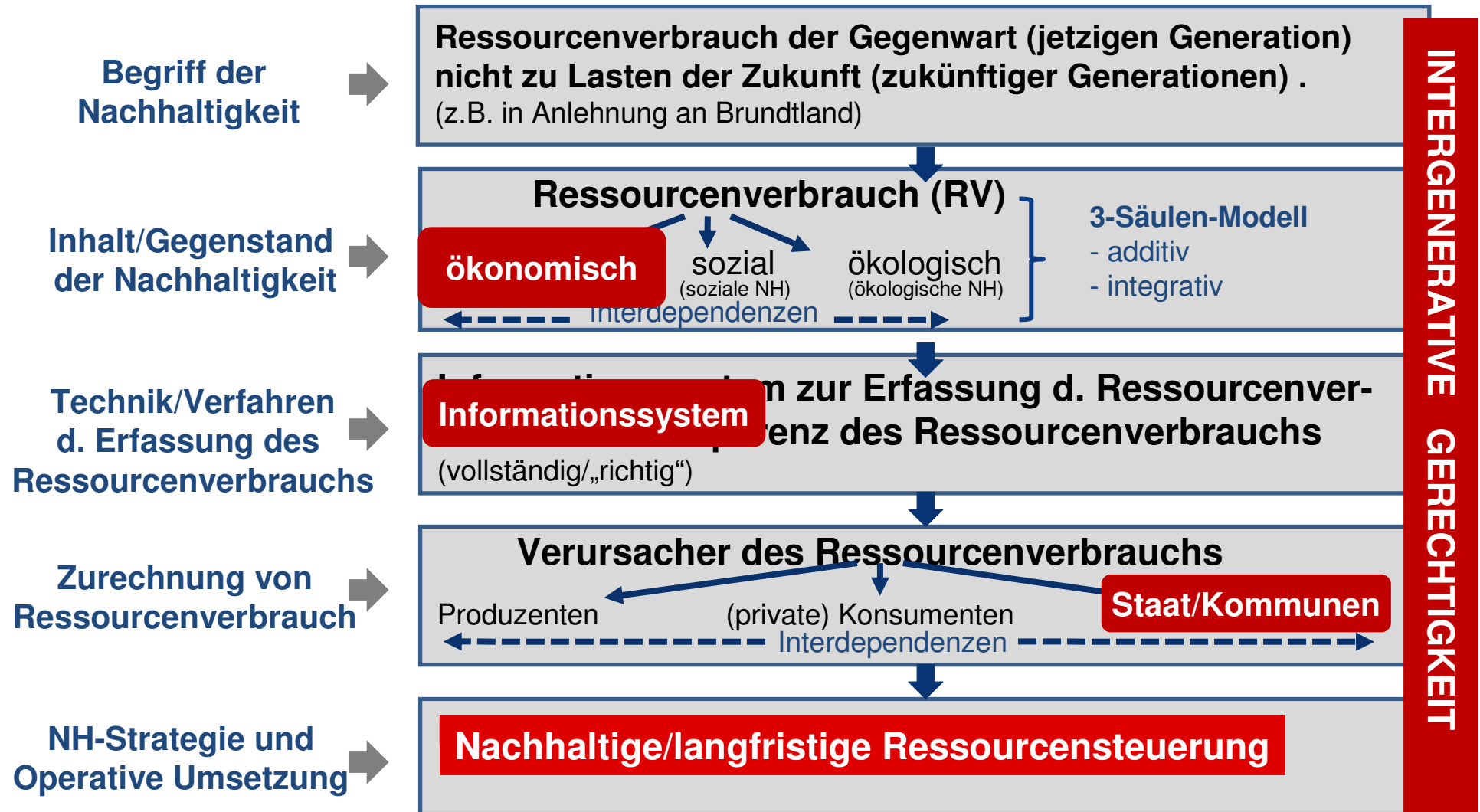
Zunehmende Gestaltungshoheit der Kapitalmärkte (Kapitalmärkte geben Handlungsspielräume für Politik vor)

Bedarf an nachhaltigem Wirtschaften und nachhaltiger Finanzpolitik

Bemühen um neues Verständnis / Konzept von Wohlfahrt?

Institutionelle Transparenz im Umgang mit öfftl- Ressourcen } **Neues Handeln**
(Neues Haushalts- u. RW / Schuldenbremse (?) / Bürgerhaushalte)

Euro-Zone: Inflation f. einzelne Staaten keine/nur noch bedingte Lösung



NH-RV scheitert bisher am Mangel/Willen/Standhaftigkeit zur institutionellen Transparenz ➔ Informationssystem/Integrierte Verbundrechng.
(tatsächliche ökonomische Situation des Staates hat keine Medien- und Politikattraktivität
(instrumentelle Dysfunktionalitäten))

NH-RV scheitert bisher daran, dass Politik und Verwaltung sich seit Jahren nicht verfassungs- /vertragskonform verhalten (z.B. Art. 115 GG a. F. / Maastricht) (konstitutive Verwerfungen)


Die Staatsschuldenbremse zielt lediglich auf eine Relativierung des Schuldensteigerungsmanagement – kein Schuldenabbau !!!
(dysfunktionales Schuldenmanagement)

Schuldensteigerungsmanagement. (Schuldenanstieg trotz steigender Steuereinnahmen)

NH RV scheitert daran, dass Politik und Verwaltung sich zu stark dem Druck von Lobbygruppen und Medien unterwerfen (müssen)
(personaler/politischer Opportunismus)

Verantwortungsvolles Verhalten gefährdet berufliche Karriere und fördert ohnehin bestehende Ineffizienzen (**kumulative Fehlsteuerungen**)

Entschuldungsprogramme (Länder u. Kommunen) / Gemeindefinanzkommission stellen bisher keinen Ansatz zur Problemlösung dar. „Zeitgewinn“ / „Hornberger Schießen“ (**begrenzt Kurieren an Symptomen**)

- 
- instrumentelle Dysfunktionalitäten
 - konstitutive Verwerfungen
 - dysfunktionales Schuldenmanagement
 - personaler/politischer Opportunismus
 - kumulative Fehlsteuerungen
 - begrenztes Kurieren an Symptomen

Pathologische Systemrelevanz im PAS



NH-RV ????



Handlungsprogramm

NH-RV setzt die Lösung /Handhabung von Basisproblemen voraus:

- auf **Transparenz** ausgerichtetes einheitliches (Mindeststandards) **Haushalts- und Rechnungswesen**
- **Kostensituation/-entwicklung im Sozialbereich / Demographie**
- **Verschuldungssituation**
 - ca. 2 Bill. € Kapitalmarkt- und Kassenkreditschulden zum 31.12.2010
 - ca. 65 Mrd. Euro Zinsen pro Jahr
- **Rückgewinnung v. Vertrauen in Problemlösungskompetenz /**
- **-bereitschaft von Politik**

aktuelle kontraproduktive Beispiele

Vertrauen in NH RV in Frage stellendes Vorgehen von Politik auf Bundesebene

Political Agenda

Regierungsprogramm
*"Vernetzte und **transparente** Verwaltung,"*

„Umsetzung einer gemeinsamen **Open-Government-Strategie** für offenes Regierungshandeln bis 2013“



Gleichzeitig:

Beschluss, Reform d. HR (MHR) auf Bundesebene einzustellen → an Intransparenz d. Kameralistik festzuhalten



Regierungsprogramm

Vernetzte und transparente Verwaltung

Vernetzte
transparente
Verwaltung

BADEN WÜRTTEMBERG



Koalitionsvertrag

zwischen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg

”

Zahlreiche Kommunen stellt es vor **erhebliche Probleme**, ihre Buchführung mit beträchtlichem finan-
ziellem und personellem Aufwand den derzeitigen gesetzlichen Vorgaben entsprechend von der
Kameralistik auf die Doppik umzustellen. Wir werden ihnen ein **Wahlrecht** zwischen beiden Systeme-
men einräumen.

S. 61



Wir werden mit einem Kassensturz die **tatsächliche finanzielle Situation des Landes** ungeschminkt
darlegen und den neuen Landtag unverzüglich über diese finanziellen Vorbelastungen und Risiken
informieren. Zählt man die künftigen **Pensionsverpflichtungen** und im Haushalt verbuchte Verschul-
dung zusammen, so verzeichnet Baden-Württemberg einen **Negativrekord** und steht auf dem letz-
ten Platz aller 13 Flächenländer. Wir streben an, dass künftig mit einer Vermögensrechnung als Teil
der künftigen Landeshaushalte die finanziellen Vorbelastungen und vor allem auch der Vermögens-
verzehr aufgrund des Sanierungsstaus bei Liegenschaften und Landstraßen offen gelegt werden.

S. 55

”

NH-RV erfordert d. Lösung/ gezielte Handhabung v. Grundproblemen wie:

- auf Transparenz ausgerichtetes einheitliches (Mindeststandards) Haushalts- und Rechnungswesen
- Kostensituation/-entwicklung im Sozialbereich / Demographie
- Verschuldungssituation
 - ca. 2 Bill. € Kapitalmarkt- und Kassenkreditschulden zum 31.12.2010/ ca. 65 Mrd. € Zinsen p.a.r
- Rückgewinnung v. Vertrauen in Problemlösungskompetenz von Politik

... und damit verbunden folgende interdependente Grundstrategien:

- Neuorganisation d. komm. Selbstverwaltung /Leistungsfähigkeit /(Metropol-) Regionalisierung (Europa der Regionen) / neues komm. Finanzsystem
- Neuorganisation d. derzeitigen föderalen Struktur / Gebiet-/Aufgabenstruktur
- Konsequente Schuldenabbauprogramme einschließlich Rating von Gebietskörperschaften verbunden mit...
- Öffentliches Verschuldungssanktionsrecht (als Äquivalent zum privaten Insolvenzrecht)

Öffentliches Verschuldungssanktionsrecht erfordert Kodifizierung u.a.

- **regelmäßigen Vorlage/Berichterstattung d. Schuldenabbauprogramms**
(kurz-, mittel- und langfristig) einschließlich Beurteilung d. Wirksamkeit durch Kommunal-
aufsicht/ Rechnungshöfe. Vorlage ist verfahrensmäßig analog zum Budget eigenständig im
Parlament zu diskutieren und als Gesetz zu verabschieden.
- **Entpolitisierung der Kommunalaufsicht**
- **Definition von Merkmalen/Kriterien**, bei deren Eintreten eine Gebietskörperschaft als
überschuldet gilt und dem Verschuldungssanktionsrecht unterliegt
 - z.B. EK-Quote, FK-Quote, Kassenkreditvolumen je EW, (ordentliches) Jahresergebnis
je EW (unter Einbeziehung dezentraler Einheiten/ Gesamtabschluss)
- **Institutionalisierung öfftl. Schuldenberichte/ Ranking**
 - Erzeugung öffentlichen Drucks / Höhe d. Verschuldung als gesellschaftliches Problem
- **Institutionalisierung wirksamer Sanktionsmaßnahmen bei Überschuldung**
(in einem Stufen-Verfahren) wie
 - Zweckbindung bestimmter Einnahmen (-erhöhung) für den Schuldenabbau
 - Zwangsveräußerung von Vermögensgegenständen (veräußerbares Verm.)
 - Aufhebung der rechtlichen Eigenständigkeit durch Einsetzung von Staatskommissar,
Zwangskooperationen, Zwangsfusionierung



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



PUBLIC MANAGEMENT

Dienstleistungszentrum für
Lehre, Forschung und Praxis

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dietrich Budäus

dietrich.budaeus@alice-dsl.net

www.public-management-hamburg.de/budaeus